

Forschung und Verantwortung

Was können Transparenz und Partizipation für ein innovatives Wissenschaftssystem leisten?

Nahezu alle gesellschaftlichen Bereiche – wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Religion – haben heutzutage mit Defiziten in ihrer Glaubwürdigkeit zu kämpfen. Deshalb ist es notwendig, dass sich die handelnden Personen und Organisationen gegenüber der Zivilgesellschaft öffnen, ihr Handeln erklären und rechtfertigen und den Bürgerinnen und Bürgern eine angemessene Teilhabe ermöglichen. Auch das Wissenschaftssystem kann von einer stärkeren Einbindung der Menschen und zivilgesellschaftlichen Organisationen profitieren. Strategien und Initiativen auf Länder-, Bundes- und Europaebene zielen darauf ab, dass die Öffentlichkeit mehr Vertrauen in wissenschaftliche und technologische Leistungen hat.

Die einfachste geläufige Definition für Wissenschaft besagt, dass diese nichts anderes sei als die Suche nach Wahrheit. Jedoch variieren die Motive für die Suche: Manche Wissenschaftler forschen aus reiner Neugier und um zu verstehen, „was die Welt im Innersten zusammenhält“. Andere treibt der Erfindergeist zu Höchstleistungen, wenn es darum geht, sich den großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu stellen und Lösungen zu finden, damit die Menschen heute und auch die künftigen Generationen in Wohlstand, Frieden und bei guter Gesundheit leben können. Häufig ist zunächst zweckfreie Grundlagenforschung gefördert worden und später wurden ihre Ergebnisse in die Entwicklung neuer Verfahren oder Produkte überführt. Besonders durch interdisziplinäre Forschung, kann neues Wissen entstehen und durch Kooperation und Transfer auch anwendungsbezogen genutzt werden.

Innovative und kreative Forschung braucht die Freiheit, sich selbst Ziele zu stecken und diese unabhängig zu verfolgen. Gleichzeitig trägt die Wissenschaft aber auch eine gesellschaftliche Verantwortung: Sie besteht zum einen darin, das vorhandene Expertenwissen einzubringen, wenn es um die Diskussion und Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme geht. Wir erhalten über die Massenmedien aus der Wissenschaft Informationen über die großen Herausforderungen unserer Zeit – wie Klimawandel oder

Energiewende – und wir erwarten Lösungen und Antworten auf die aufgeworfenen Fragen. Zum anderen hat die Wissenschaft dafür Sorge zu tragen, dass die Grundlagen und Ergebnisse ihrer öffentlich finanzierten Forschung bekannt und zugänglich gemacht werden, damit das Wissen anderen zur Verfügung steht, überprüft und auch kritisch gewürdigt werden kann.

Die Wissenschaft darf sich somit gerade wegen ihrer privilegierten Stellung nicht von der Gesellschaft abkoppeln, sondern muss sich als Teil der Gesellschaft verstehen und ihre eigene Funktion und Verantwortung stets von Neuem kritisch reflektieren und zur Diskussion stellen.

Viele Menschen stimmen heute darin überein, dass die Mindestanforderung an die Verantwortung des Wissenschaftlers darin besteht, anderen durch seine Forschung keinen Schaden zuzufügen. Doch selbst dieses Diktum wirft neue Fragen auf: Gilt dieser Anspruch nur, wenn Menschen betroffen sind? Oder: Soll es erlaubt sein, einen menschlichen Embryo in einem frühen Entwicklungsstadium zu zerstören, wenn viele Patienten eines Tages von der embryonalen Stammzellforschung profitieren könnten?

Schon diese Fragen zeigen exemplarisch: Wenn von der Wissenschaft erwartet wird, dass sie gesellschaftliche Verantwortung übernimmt, muss diese Verantwortung – innerhalb und auch außerhalb der Wissenschaft – fortlaufend diskutiert und definiert werden. So sind zum Beispiel Antworten auf die drängenden Fragen der Wissenschaftsethik selten eindeutig und verändern sich im Prozess des Fortschreitens wissenschaftlicher Entwicklungen und ihrer möglichen Folgen sowie der Chancen- und Risikoeinschätzungen. Von den Einschätzungen und Forderungen aus der Gesellschaft kann auch die Innovationsfähigkeit der Forschung selbst profitieren, indem die Förderprogramme und Fördergrundsätze immer wieder in Frage gestellt und verändert werden können. Die Wissenschaft sollte daher – auch im wohlverstandenen Eigeninteresse – darauf bedacht sein, dass ihr Handeln kontinuierlich von der Zivilgesellschaft beobachtet, diskutiert und eingeordnet werden kann.

Die niedersächsische Landesregierung hat sich deshalb mit den Hochschulen darauf verständigt, dass das Bekenntnis zur gesellschaftlichen Verantwortung im Leitbild der Hochschulen verankert wird und dass diese geeignete Plattformen für einen wissenschaftlichen und ethischen Dialog schaffen. Die Hochschulen werden sich daher auch mit den Folgen wissenschaftlicher Arbeiten befassen, seien es Tierversuche, Militärforschung oder klinische Studien. Außerdem sollen im Sinne eines transparenten Wissenschaftssystems die Möglichkeiten des Zugangs zu Forschungsdatenbanken

erleichtert werden. Damit wird zumindest einer interessierten Teilöffentlichkeit ermöglicht, wissenschaftliches Wissen umfänglich und ohne unnötige Barrieren zu nutzen.

Ein weiterer Aspekt, der zu einer Vergrößerung der Transparenz im Wissenschaftssystem beitragen kann, sind Strategien und Konzepte für über das Internet entgeltfrei zugängliche elektronische Veröffentlichungen, sogenannte Open Access-Publikationen. Open Access, verbunden mit freien Lizenzen, zum Beispiel Creative Commons, bietet gegenüber den klassischen Publikationsmodellen ein höheres Maß an Sichtbarkeit und Transparenz der publizierten Forschungsergebnisse. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der unterschiedlichen Forschungsdisziplinen und Fachkulturen sollen die Hochschulen Maßnahmen und Infrastrukturen entwickeln, die im Sinne des Open Access wirken.

Da das Wissenschaftssystem aus international vernetzten Strukturen und Kooperationen besteht, sind solche Veränderungsprozesse nur dann erfolgreich und nachhaltig, wenn sie gemeinsam in national und international abgestimmten Strategien und Initiativen erfolgen. Auch die EU-Kommission hat daher seit einigen Jahren Open Access im Blick und hat zum Publizieren im Open Access beispielsweise aktuell im EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 Leitlinien verabschiedet.

Ohnehin hat das Thema der zivilgesellschaftlichen Orientierung auf europäischer Ebene eine zunehmende Bedeutung erlangt. Grundlegend hat Kommissionspräsident Barroso 2009 in den politischen Leitlinien formuliert, dass europäische Politik darauf ausgerichtet sein müsse, Ergebnisse für den Bürger zu erzielen. Bezogen auf das Wissenschaftssystem wurde der Ansatz von „Responsible Research and Innovation“ (RRI) eingebracht. Er verfolgt das Ziel, Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in Forschungsprozesse und -projekte einzubinden, um gesellschaftliche Bedürfnisse, Bedenken und Werte einzubeziehen und für das Innovationspotenzial von Forschung zu nutzen. Im Forschungsprogramm Horizont 2020 wurde das Ziel „Wissenschaft mit der und für die Gesellschaft“ aufgenommen. Der Programmteil fokussiert zum Beispiel auf die Einbeziehung der Gesellschaft, Chancengleichheit in Forschung und Innovation, Förderung der wissenschaftlichen Allgemeinbildung, Risikoabschätzung und Wissenschaftskommunikation.

Die großen deutschen Umweltverbände (BUND, NABU, DNR) haben jüngst gemeinsam mit Verbänden der Entwicklungszusammenarbeit, aus dem kirchlichen Umfeld und der Studierendenschaft eine nachhaltige Wissenschaftspolitik gefordert. In einem Zehn-Punkte-Programm werden konkrete zivilgesellschaftliche Forderungen an die Wissenschafts- und Forschungspolitik formuliert, die eine Forschungswende zu Transparenz und Partizipation in

den Vordergrund stellen, zum Beispiel durch die frühzeitige Beteiligung von Bürgerorganisationen bei der Formulierung von Forschungsfragen und der Schwerpunktsetzung öffentlicher Forschungs-förderung oder durch die Weiterentwicklung der transdisziplinären Nachhaltigkeitsforschung.

Dieser Prozess hin zu einer neuen Qualität der Transparenz in Wissenschaft und Forschung wird aber nur gelingen, wenn die Beteiligung von Studierenden und Lehrenden umfassend gewährleistet ist und die Öffentlichkeit in den Dialog so weit wie möglich mit einbezogen wird. Die Forderung nach Übernahme von Verantwortung wird damit im Sinne eines zivilgesellschaftlichen Verständnisses zur konkreten Forderung nach mehr Transparenz, Kommunikation und Partizipation.

In diesem Zusammenhang wird es aber auch interessant sein, zu erfahren, inwieweit Akteure der Zivilgesellschaft sich in diesen notwendigen Prozess der Beteiligung tatsächlich einbeziehen lassen; denn auch in einer demokratisch verfassten Informations- und Wissensgesellschaft sind doch erfahrungsgemäß nur wenige Menschen bereit, sich aktiv an deren Gestaltung zu beteiligen.

Eine wesentliche Rolle kommt aus diesem Grunde der Wissenschaftskommunikation zu. Ihre Aufgabe ist es, die Themen aus Forschung und Lehre verständlich aufzubereiten und in die Öffentlichkeit zu bringen. Zwar hat sich bereits in den vergangenen Jahren eine höhere Sensibilität gegenüber den Massenmedien entwickelt, und publikumswirksame Wissenschaftsformate sind in den elektronischen Medien teilweise überaus erfolgreich. Aber das Interesse auch für die strukturellen und übergeordneten Fragestellungen der Wissenschaft muss durch innovative Vermittlungsformen größtenteils erst noch geweckt werden.

Meilensteine auf diesem langen, aber lohnenswerten Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe im Wissenschaftssystem sind die zahlreichen Veranstaltungen zu wissenschaftlichen Themen, die in der jüngsten Vergangenheit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie von Stiftungen und Verbänden initiiert und durchgeführt worden sind. Ein gutes Beispiel sind die neuen öffentlichen Veranstaltungsreihen der Volkswagenstiftung, die den Transfer von Wissen in die Gesellschaft stärken und ein weites Publikum für die Wissenschaft begeistern sollen.

Auf europäischer Ebene sollte in den Mitgliedsstaaten dringend die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit verbessert werden. Ein regelmäßiger Dialog zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren – insbesondere über wissenschaftspolitische Themen und

Schwerpunkte – kann das Vertrauen in die Wissenschaft und gleichzeitig in die europäische Bewegung stärken.

Autor: Kurt B. Neubert ist seit 2014 in der Forschungsabteilung des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur für die Wissenschaftskommunikation zuständig. Zuvor war er mit nationalen und internationalen Gremienangelegenheiten der Wissenschaft befasst und hat das Ministerium bis 2010 als dessen Sprecher vertreten. Er verfügt über langjährige Lehrerfahrungen an Hochschulen im Bereich Journalistik und Medienwissenschaft und hat als Journalist unter anderem für die ARD gearbeitet.

Kontakt: kurt.neubert@mwk.niedersachsen.de